

# Pressemitteilung



Nr. 46/18 vom 16.08.2018

Anzahl der Anschläge: 3.547  
Abrufbar unter: [www.gdw.de](http://www.gdw.de)

## Wohnungsbau ohne notwendigen Schwung – Baugenehmigungen bleiben hinter Erwartungen zurück

**Berlin** – "Im ersten Halbjahr 2018 wurden erneut zu wenige Wohnungen genehmigt. Geht dieser Trend so weiter, werden auch in diesem Jahr die notwendigen 400.000 Wohnungen nicht einmal bei den Genehmigungen erreicht. Das zeigt, dass der Wohnungsbau weiterhin nicht ausreichend in Schwung kommt", erklärte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, zu den heute veröffentlichten Baugenehmigungszahlen des Statistischen Bundesamtes. "Die Politik muss endlich die Bremsen für bezahlbaren Wohnraum lösen."

- 10 Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes wurde von Januar bis Juni 2018 in Deutschland der Bau von insgesamt 168.500 Wohnungen genehmigt. Ohne Berücksichtigung von neu gebauten Wohnungen in Wohnheimen ist das ein Anstieg von 1,8 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Bei der Gesamtzahl der Baugenehmigungen war aber ein Abschwung zu verzeichnen. Inklusiv der Wohnungen in Wohnheimen gab es im ersten Quartal 2018 insgesamt 0,6 Prozent weniger. Von den im Zeitraum Januar bis Juni 2018 genehmigten Wohnungen waren rund 146.900 Neubauwohnungen in Wohngebäuden – das ist in etwa der gleiche Wert wie im Jahr zuvor. Auch das zeigt deutlich: Die Dynamik im Wohnungsbau fehlt.

- 20 Der Wohnungsmangel ist das Ergebnis der vom GdW immer wieder beschriebenen Engpässe: Zu wenige Grundstücke, zu wenig Planungs- und Genehmigungskapazitäten und vielfach erschöpfte Kapazitäten am Bau. Hier müssen Kommunen, Länder und die Bundesregierung jetzt dringend ansetzen. Sonst wird der Mangel an bezahlbarem Wohnraum in vielen Großstädten zum größten sozialen Problem der nächsten Jahre werden.

- "Der Handlungsdruck steigt immer weiter, denn die notwendigen 400.000 Wohnungen, die pro Jahr in Deutschland gebaut werden müssten, wurden nie erreicht. Im vergangenen Jahr wurden nur rund 285.000 Wohneinheiten fertiggestellt und auch 2018 wird die Zielmarke wieder deutlich verfehlt werden", so Gedaschko. "Die Lösungen liegen auf dem Tisch. "Die serielle und standardisierte Bauweise muss gefördert und dazu eine bundesweit gültige bauliche Zulassung für diese Gebäude geschaffen werden", so der GdW-Chef. So kann man Kapazitätsengpässen entgegenwirken. Die Wohnungswirtschaft hat kürzlich [zukunftsweisende Konzepte für seriellen und modularen Wohnungsbau](#) vorgelegt, die in einer Rahmenvereinbarung als Ergebnis eines erstmals durchgeführten europaweiten Wettbewerbs vorliegen, bestellt und gebaut werden können. "Wir brauchen ausreichend bezahlbare Grundstücke für die neuen Wohngebäude und eine bundesweit gültige Typengenehmigung. Ansonsten drohen lange Verfahren in den Bauämtern die innovativen Bauvorhaben auszubremsen", so der GdW-Chef.

- 40 Aber es muss an weiteren Stellschrauben gedreht werden, um den Wohnungsbau anzukurbeln. Das im Koalitionsvertrag verankerte Planungs- und Baubeschleunigungsgesetz muss zügig kommen. Die angekündigten steuerlichen Verbesserungen müssen schnell in die Praxis umgesetzt und durch ein Zuschussmodell ergänzt werden. Darüber hinaus müssen die Ergebnisse der Baukostensenkungskommission aus der letzten Legislaturperiode dringend umgesetzt und die mehr als 20.000 Bauvorschriften und Anforderungen auf den Prüfstand gestellt werden. Die Folgenabschätzung für die Kosten des Bauens und Wohnens bei allen geplanten Gesetzen ist ein ebenso notwendiges Mittel, das der Koalitionsvertrag erfreulicherweise vorsieht. Nur wenn alle Maßnahmen zusammen wirken, lässt sich das notwendige Tempo beim Wohnungsbau erreichen.

Der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen vertritt als größter deutscher Branchendachverband bundesweit und auf europäischer Ebene rund 3.000 kommunale, genossenschaftliche, kirchliche, privatwirtschaftliche, landes- und bundeseigene Wohnungsunternehmen. Sie bewirtschaften rd. 6 Mio. Wohnungen, in denen über 13 Mio. Menschen wohnen. Der GdW repräsentiert damit Wohnungsunternehmen, die fast 30 Prozent aller Mietwohnungen in Deutschland bewirtschaften.